

Der Prager Frühling und die Grenzen der Entstalinisierung

'68 als Anfang vom Ende?

von | Christoph Lieber

In der Chiffre '68 bündeln sich gesellschaftsgeschichtliche Veränderungen, die nicht nur die kapitalistischen Länder Westeuropas betrafen. Auch für die sozialistischen Länder in Osteuropa markierte das Jahr 1968 einen Knotenpunkt. Aber bewegten sich im Frühjahr 2008 die Deutungskämpfe um den Pariser Mai, die APO, den SDS, die Anti-Vietnam-Proteste oder die Marx-Renaissance von '68 zwischen nostalgischen Rückblicken, Selbstbestätigung, scharfer bis denunziatorischer Polemik und (Selbst-)Abgrenzung, so wird die Erinnerung an den 40. Jahrestag des »Prager Frühling« nüchterner ausfallen, zumal er nicht ohne den 21. August 1968 zu denken ist, an dem dieser kurze Frühling schon wieder zu Ende war.

Diese »Janusköpfigkeit« von '68, die Gleichzeitigkeit von Aufbruch und Anfang vom Ende im Scheitelpunkt des »golden age«, bedeutete in der Mitte des kurzen »Jahrhunderts der Extreme« zugleich auch eine Zäsur in der Geschichte der politischen Linken, insbesondere mit Blick auf ihre traditionelle kommunistische Strömung. In den 1960er Jahren entstanden neben dem ideologisch-publizistisch schon länger virulenten »westlichen Marxismus« die »neue Linke« und innerhalb der kommunistischen Weltbewegung zeitversetzt später die Erneuerungsversuche des Eurokommunismus – politische Strömungen, die sich sogleich mit den Versuchen einer gesellschaftlichen Emanzipation in den staatssozialistischen Ländern wie mit der gewaltsamen Unterdrückung dieser Reformprozesse konfrontiert sahen. Über die Qualität der »neuen Linken« formulierten Elmar Altvater und Christel Neusüss nach dem August 1968: »Formen und Inhalte ihres eigenen politischen Kampfes hatten sie von der Politik der UdSSR und damit auch den traditionellen kommunistischen Parteien emanzipiert. Der Einmarsch der Vereinigten Stalinisten konnte der neuen Linken deshalb nicht mehr als Gegenargument der eigenen politischen Zielsetzungen entgegengehalten werden. Sie hatte aus ihrer Praxis Urteilkriterien entwickelt, die ihr eine kritische Analyse der Widersprüche in sozialistischen Gesellschaften ermöglichte und durch die es ihr gelang, eine selbständige Plattform sowohl gegen die stalinistischen Bürokratien als auch gegenüber liberalem und konservativ-reaktionärem Antikommunismus zu formulieren.« (Altvater/Neusüss 1969: 19)

Entgegen vieler Geschichtsklitterungen nach 1989 waren Kritik an der staatssozialistischen Entwicklungskonzeption und die Diskussion um die Reformfähigkeit dieser Gesellschaftsformation immer Bestandteil der sozialistisch-(kommunistisch)en Bewegung nach 1945 gewesen. Insbesondere die Einschätzungen über die Reformfähigkeit der sozialistischen Länder anlässlich sich abwechselnder »Tauwetter«- und Krisenperioden in der DDR 1953 und 1962, in Ungarn 1956, in der CSSR 1968, in Polen 1971 und 1981 und in der Sow-

jetunion unter Chruschtschow, Andropow oder Gorbatschow waren nicht frei von Illusionen. Im Rückblick markiert auch hier '68 den Anfang vom Ende. Weder gewann der Eurokommunismus als Reformkonzeption innerhalb der kommunistischen Weltbewegung nachhaltigen Einfluss, noch gelang es bis heute, die Entwicklungsperspektive einer modernen zivilgesellschaftlichen Sozialismuskonzeption programmatisch und organisatorisch in der Methode der politischen Arbeit einer europäischen Linken breiter zu verankern.

Wie aber ist von heute aus gesehen der Prager Frühling von 1968 zu beurteilen, der wie keine andere Zäsur nach 1945 innerhalb des Realsozialismus die Spannung von Reform und Reformunfähigkeit symbolisiert? Auch die jüngsten Diskussionen um einen »Sozialismus im 21. Jahrhundert« werden ohne eine Gesamtdeutung und übergreifende Einordnung des staatssozialistischen Entwicklungsweges geführt.

Die von Altvater/Neusüss angeführten »Urteilkriterien« der neuen Linken von 1968 über die damals so genannten »Übergangsgesellschaften« resultierten aus Diskussionen über die Warenproduktion und die Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus, die Rolle der »materiellen Anreize« oder den Zusammenhang von Wertgesetz und Spontaneität (vgl. Bettelheim u.a. 1969) und erweisen sich von heute aus gesehen als durchaus tragfähig. Umstritten war, ob »das neue gesellschaftliche Bewusstsein« (Che Guevaras »neuer Mensch«) von vornherein zum Maßstab der Beurteilung der damaligen Reformentwicklungen in den sozialistischen Ländern gemacht werden sollte. Bei Altvater/Neusüss findet sich die weitsichtige These: »Das Ziel der Befreiung von nicht notwendiger Arbeit ebenso wie die Aufgabe der Weltrevolution können erst dann wieder in den Gesellschaften der Übergangsperiode formuliert werden, wenn die selbstbewusst-selbsttätigen Massen die Bestimmung ihrer Ziele übernommen haben.« (ebd. 28) Dazu muss das Dilemma »bürokratischer Integrationsstrategie« und die »Passivierung« der gesellschaftlichen Individuen in den Transformationsgesellschaften durch Freisetzung von »Produzen-



Wenzelsplatz in Prag im August 1968 (Foto: dpa)

tendematik« überwunden werden. Zeitgleich und in Ansehung wie Auswertung des Verlaufs des »Prager Frühlings« formuliert auch Georg Lukács in einer erst aus seinem Nachlass 1985 veröffentlichten Skizze über »Sozialismus und Demokratisierung«: »Ja wir glauben, dass die Überwindung der mechanisch-zentralisierten und damit verbürokratisierten Praxis der bisherigen Planung, deren Kritiker schon jetzt sehr viel über die Notwendigkeit einer Dezentralisierung sprechen, ohne einen wirksamen Appell an diese jetzt noch in die Anonymität zurückgedrängten Kräfte zumindest anzuregen und einzusehen, ihre Reformen als undurchführbar betrachtet werden müssten ... Die Massen müssen die Realität der Wendung als praktischen Bruch mit den Stalinschen Traditionen Tag für Tag aus eigenen Erfahrungen erleben...« (Lukács 1987: 105)

Sozialismusreform und Entstalinisierung

Ausgangspunkt aller Reformphasen in einzelnen RGW-Staaten bildet die Entstalinisierung nach 1953 in der Sowjetunion, unübersehbar seit Chruschtschows berühmter »Geheimrede« auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956. Aber auch schon der eigenständige Entwicklungsweg Jugoslawiens nach 1948 war ohne einen scharfen Konflikt mit der Sowjetunion nicht möglich. Erst die Entstalinisierung politischer Strukturen schuf überhaupt ideologische Spielräume dafür, dass die kommunistische Partei und staatliche Instanzen als wirtschaftspolitische Akteure den ökonomischen Veränderungsdruck anders aufgreifen und bearbeiten konnten als in den Formen »charismatischer Bedarfsdeckung« (vgl. Lieber 2008: 316f.), wie sie seit dem ersten Fünfjahrplan 1929ff. für die stalinistische Kommandowirtschaft charakteristisch waren. Auch wenn die Ursachen für die Einleitung der Reformen Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre in Ungarn, der DDR und der CSSR ökonomischer Natur waren und die Planwirtschaften bei Absinken der Produktion aufgrund der Begrenztheit ressourcenaufwendigen Wirtschaftens Krisensymptome zeigten, bildeten die asynchronen Entstalinisierungsprozesse in verschiedenen Bereichen und mit unterschiedlicher Intensität in den noch jungen »Volksdemokratien« nach Stalins Tod die Voraussetzung. Die stalinistischen Strukturen in Partei, Staat und Verwaltung, die Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus und die Wirtschaftsreformen bildeten sowohl 1956 als auch 1968 ein untrennbares Geflecht. Die Oppositionsbewegungen in Ungarn 1956 und in der CSSR 1968 und die Kritik am überkommenen planwirtschaftlichen System enthielten somit immer auch antistalinistische Reformen.

Auch in der »Entstalinisierung auf dem Gebiet der Ökonomie« machte die SU mit der Zulassung der »Lieberman-Diskussion« den Vorreiter. Der sowjetische Ökonom Ewsej Liberman brachte in einem Prawda-Artikel vom 9. September 1962 unter dem Titel »Plan, Gewinn, Prämie« Grundideen der angeordneten Wirtschaftsreformen auf den Punkt, die auf größere Selbständigkeit der Betriebe zielten und über differenziertere Anreizsysteme höhere Effizienz und mehr verbraucherorientierte Produktion schaffen sollten.

|| Christoph Lieber ist Redakteur von *Sozialismus*.

In der rückblickenden Diskussion ist u.a. umstritten, ob politische Entstalinisierung und Modernisierung der überkommenen Planwirtschaft für eine nachhaltige Reform der staatssozialistischen Länder hätten Hand in Hand gehen müssen. Für den ehemaligen DDR-Wirtschaftshistoriker Jörg Roesler liefert die ungarische Wirtschaftsreform von 1968 »den historischen Beweis, dass ein Zusammenspiel von ökonomischen und politischen Reformen nicht unbedingte Voraussetzung für die Erarbeitung und Einführung eines tiefgreifenden Wirtschaftsreformkonzepts sein müsste« (Roesler 2008: 109). Aber zugleich liefert Roesler das Gegenargument, indem er zeigt, dass gerade die Länder wie Ungarn und letztlich auch die DDR, die aus der *ersten Entstalinisierungswelle* 1956 politisch traumatisiert herauskamen (Ungarn-Aufstand, Revisionismusdebatte um Behrens/Benary in der DDR), während der *zweiten Reformwelle* Mitte der 1960er Jahre die politische Öffnung der Wirtschaftsreformen wieder zurückführen (»Kahlschlagplenum« 1965 in der DDR).

Diese Grenzen früher Entstalinisierungsversuche in Ungarn und der DDR verweisen zurück auf den systematischen Referenzpunkt des Mutterlandes des Stalinismus und der Entstalinisierung: auf die Sowjetunion und die Ära Chruschtschow. Hier schon fiel das Kind in den Brunnen: Chruschtschow versuchte eine organisatorische Dezentralisierung der staatlichen Planwirtschaft, indem er eine Neuordnung in den Bereichen der Wirtschaftsleitung von Industrie und Landwirtschaft (Agrarreformen) einleitete und auf die Stärkung der Kompetenzen neu geschaffener territorialer Volkswirtschaftsräte zielte. Diesem Umbau sollte auch der der Partei folgen, die stärker an die technokratischen Erfordernisse der einzelnen Wirtschaftszweige angepasst werden sollte. Diese Aufwertung der mittleren und niedrigeren Kader war aber zweischneidig, da sie die Einbindung in die übergeordneten Ebenen des Parteiapparates unterminierte und so den gesamtgesellschaftlichen Steuerungseinfluss der KPdSU aufs Spiel zu setzen drohte, den Chruschtschow wiederum durch die Einrichtung neuer »stalinistischer« Kontrollapparate (Kommission der staatlichen und parteilichen Kontrolle) sichern wollte. Chruschtschows Entstalinisierung stellte somit die Machtfrage der Partei, die die innerparteilichen Gegenkräfte aus verschiedenen Reformgegnern wie auch Reformbefürwortern und -skeptikern (Breschnew, Kossygin, einflussreiche Teile der sowjetischen Generalität) unter der Legitimation der »kollektiven Führung« mit der Festschreibung eines »Stalinismus ohne Stalin« für die KPdSU und der Rückgängigmachung der Chruschtschowreformen beantworteten. Damit »bedeutete der Sturz von Chruschtschow (1964) viel mehr als nur eine personelle Änderung in der Führung. Es war der Machtantritt einer neuen Allianz von Kräften innerhalb der Machtelite, deren Programm darauf beruhte, alle *weiteren Experimente zu beenden und eine Stabilisierung zu erreichen, und zwar innerhalb aller grundlegenden Koppelungen und Mechanismen des sowjetischen sozialpolitischen Systems.*« (Mlynár 1983: 47)

Das Scheitern der Entstalinisierung in den Jahren 1956 bis 1964/65 und die Rücknahme zentraler Bestandteile der Wirtschaftsreformen durch Rezentralisierung in der SU, der DDR und modifiziert in Ungarn ist die eine Rahmenbedingung des

Prager Frühlings. Dieses Scheitern fügt sich ein in die leidvolle Geschichte gescheiteter alternativer Entwicklungskonzeptionen (NÖP, DDR 1953, Ungarn 1956) beim Aufbau des Sozialismus und befestigt damit ein weiteres Mal das Fehl(schlag)gen erfolgreicher politischer wie ökonomischer Alternativen in der Geschichte des Realsozialismus, die spätere Reformer mit weitergehender Legitimation gegenüber politisch-ideologischen Blockaden innerhalb der eigenen kommunistischen Partei hätten ausstatten können.

Die andere Rahmenbedingung für Prag '68 liegt in einer Langzeitwirkung der Chruschtschowschen Reformen, die bei allem Scheitern »darüber hinaus die Grundlage für die hauptsächliche Stütze der späteren Stabilisierung des Systems legten: für die Entfaltung der *Konsumorientierung* in der sowjetischen Gesellschaft« (ebd. 39). Auch der Realsozialismus hatte in den 1960er/70er Jahren parallel zur Ausbildung des Fordismus im Nachkriegskapitalismus sein goldenes Zeitalter. Die Entstalinisierung durch Sozialpolitik seit 1956 markiert so etwas wie einen ungeschriebenen Gesellschaftsvertrag, einen erweiterten gesellschaftlichen Unterbau des »sozialistischen Wohlfahrtsstaates«. Sozialleistungen in großem Umfang erforderten andererseits eine höhere Arbeitsproduktivität, wozu Reformen in den 1960er Jahren Anreize und Prämien für die Betriebe liefern sollten. Insgesamt ergab sich so ein Ensemble ineinandergreifender Politikfelder aus Strukturwandel, widersprüchlichen und inkonsistenten Wirtschaftsreformen und Sozialpolitik. »Das Regime hat auf der Basis stalinistischer Strukturen wesentliche Neuerungen eingeführt, die das System insgesamt gründlich erweiterten, zum Teil auch veränderten, ohne jedoch – um es noch einmal zu betonen – die stalinistischen Grundlagen anzutasten ... Die Führung der Sowjetunion war andererseits in der Lage, seit 1956 bzw. 1965 einen »sozialistischen Wohlfahrtsstaat: aufzubauen.« (Plaggenborg 2007: 41) Auch in der DDR wurde bezeichnenderweise in Ansehung der sozialen Risiken des »Neuen Ökonomischen Systems« (NÖS) nach dessen Rücknahme 1965 vom Bundesvorstand des FDGB die Bildung eines »Instituts Sozialpolitik der Gewerkschaften« in Leben gerufen. »Als im Dezember 1970 mit dem 14. ZK-Plenum der SED der Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker offen eingeleitet und im Mai 1971 mit dem 16. Plenum praktisch vollendet wurde, war eine zunehmende Instrumentalisierung sozialpolitischer Argumente zu beobachten. Besonders die Versorgungsengpässe gaben Anlass, ein Kürzertreten bei den Investitionen und Umschichtungen zugunsten der Konsumtion zu fordern. Verstärkt wurde diese Argumentationslinie durch die offenkundigen Systemschwächen der Wirtschaftsreform.« (Hübner 2007: 293)

Die angedachten Wirtschaftsreformen in dem kurzen zeitgeschichtlichen Fenster von »Tauwetter« und »Entstalinisierung« hätten nur um den Preis der Inkaufnahme möglicher sozialer Risiken, der Aktivierung und Mitsprache der betrieblichen Kollektive und einer wirklichen Veränderung und Entstalinisierung der führenden kommunistischen Partei durchgeführt werden können. Mit der Konsumorientierung und sozialpolitischen Abfederungen konnte die Bevölkerung in den realsozialistischen Ländern seit '68 auf andere Weise integriert und gesellschaftlicher Konsens organisiert werden. Al-

lerdings kam es dann in der Folgezeit der »Breschnewschen Stagnationsperiode« zu einem circulus vitiosus von steigenden Wohlfahrtskosten und sinkender Wirtschaftsleistung. Auch die »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« seit Beginn der 1970er Jahre in der DDR verdeckte nur kurzzeitig die fatalen Folgewirkungen des Ausbleibens grundlegender Reformen. Der sozialistische Wohlfahrtsstaat lag zwar auf der Linie der Aufhebung des Warencharakters des Arbeitsvermögens – gesellschaftsgeschichtlich eine neue Qualität gegenüber einer Einbindung des lebendigen Arbeitsvermögens in kapitalistische Verwertungsstrukturen –, aber beließ die Werktätigen zugleich in politischer und zivilgesellschaftlicher Passivität. Die historische Chance, die Ansätze von Subjektivität in den modernisierten »fordistischen« Arbeitsverhältnissen des Realsozialismus der 1960er/70er Jahre für eine emanzipatorische Wendung des Staatssozialismus nutzbar zu machen,¹ wurde durch das Abwürgen der Reformen der 1960er Jahre zunichte gemacht. Die diversen gesellschaftlichen Gruppen zogen sich in zivilgesellschaftliche Nischen zurück und ließen die staatssozialistischen Hüllen implodieren.

Prag: Januar bis August 1968

Die Reformen in der CSSR waren mithin die letzten in einer Periode »asynchroner Entstalinisierung« und fanden in der andernorts wiederhergestellten »stalinistischen Strukturkontinuität« kein gerade förderliches ideologisches und politisches Umfeld in den sozialistischen »Bruderstaaten« vor. Von den Rahmenbedingungen her gesehen waren sie mithin schon vor dem 21. August 1968 gefährdet. Der eigentliche Knackpunkt lag aber darin, dass im spezifischen Verlauf der Reformen in der CSSR alle offenen und ungeklärten Probleme, die in der SU und der DDR bis dahin durch den Abbruch der Entstalinisierung »entsorgt« wurden, in die Öffentlichkeit kamen. Denn die tschechoslowakische Reformbewegung lief nur bis Ende 1967 halbwegs in den Bahnen der Partei. Im Frühjahr 1968 wurde die Zielperspektive der vorgesehenen Wirtschaftsreformen in einem ansatzweise bereits demokratisierten politischen Umfeld formuliert: Das Aktionsprogramm der KP vom April 1968 wies den monopolistischen Anspruch der Partei auf die führende Rolle in der Wirtschaft in die Schranken. Die Umgestaltung der Wirtschaft konnte nicht mehr rein technokratisch bleiben, und auch der immer schon schwierige »Transmissionsriemen« der KPTsch in die Betriebe wurde weiter aufgelöst. Die ökonomischen Reformvorstellungen wurden konzeptionell in Richtung wirklicher Mitbestimmung, Demokratisierung der Betriebsleitungen und durch die spontane Bildung von Arbeiterräten weiterentwickelt, befördert auch durch eine gegenüber anderen sozialistischen Ländern entwickeltere Betriebsräte- und Gewerkschaftsbewegung.

Das bedeutete nun aber nicht, dass die Reformansätze von mobilisierten Belegschaften getragen und aktiv vorangetrieben wurden. Die Öffentlichkeit wurde eher von (Partei) Intellektuellen, Kulturschaffenden, Jugendlichen und den Medien hergestellt und am Leben gehalten. Diese Gemengelage markiert aber die Achillesferse des Prager Frühlings:

- Die Wiederherstellung der Autonomie einzelner Gewerkschaftsverbände führte bis Mai 1968 zur Neukonstituierung von 13 Industrieverbänden und beförderte den »Trend zur organisatorischen Zergliederung ... Der Zentralrat der Gewerkschaften konstatierte denn auch einen allgemeinen Trend zu Berufsgewerkschaften. Die Renaissance der hohen Differenzierung der gewerkschaftlichen Organisation aus der Zwischenkriegsrepublik war somit unübersehbar...« (Heumos 2007: 145) Die KP war also zu einem produktiven und politisch konstruktiven Umgang mit unterschiedlichen Bewusstseinsformen und Mentalitäten der »Werktätigen« aufgefordert – schon seit Lenin ein wunder Punkt in der bolschewistischen Parteitradition.
- Andererseits ist »unumstritten, dass sich im Jahr 1968 ein einzigartiger Konsens zwischen der Reformführung und der Zivilgesellschaft herausbildete. Aber auch dieses Verhältnis war nicht problemfrei. Die Reformelite hatte zu dieser Zeit nur ungenügende professionelle Erfahrungen und die Zivilgesellschaft machte oft der Situation nicht angemessene Ansprüche und Erwartungen geltend.« (Kalinová 2007: 181)

Als entscheidend für den Verlauf des Prager Frühlings sollte sich aber herausstellen, dass weder in der Partei noch im Parlament diese Zivilgesellschaft demokratisch repräsentiert war. »Nach wie vor war die Reform also nicht institutionell und prozedural abgesichert und befestigt. Letztlich gelangte sie auch in der zentralen Arena der Politik über den Schwebezustand zwischen »alt« und »neu« nicht hinaus.« (Boyer 2007: 88) Auch in der CSSR traten nach dem Ende des Prager Frühlings an die Stelle der Wirtschaftsreform sozialpolitische Maßnahmen, wobei man an ein »Sozialprogramm« aus dem Jahr 1966 anknüpfen konnte. Damit sollten »die Abschaffung der Betriebsräte und die wiederum eingeschränkten Rechte der Gewerkschaften und der unternehmerischen Kollektive durch eine größere Aufmerksamkeit gegenüber sozialen Fragen kompensiert werden.« (Kalinová 2005: 103)

Bruch mit dem »Dogma des Bürgerkriegs«

Der politisch harte Kern stalinistischer Strukturkontinuität über die asynchrone Entstalinisierung hinweg liegt letztlich in Charakter und Struktur der kommunistischen Partei begründet, wie sie sich in der NÖP-Periode über die »zweite Revolution« Stalins herausgebildet hat. Die Partei der Bolschewiki bildete früh eine Belagerungsmentalität aus und transformierte sich in eine »Festung«, die sich durch Akte sozialer Disziplinierung und Rituale der Einheit immer wieder reproduzierte. Die bolschewistische Partei und ihre jeweilige Führung »träumten von übersichtlichen, eindeutigen Ordnungen, in denen feindliche Kollektive nicht mehr überleben konnten. Denn es waren so genannte »Ehemalige«, ... die unablässig an der Inszenierung des Chaos arbeiteten und die neue Ordnung untergruben. So sahen es jedenfalls die bolschewistischen Führer, die ihre Umwelt nicht als Möglichkeit, sondern als Bedrohung erlebten.« (Baberowski 2007: 16) Diese Mentalität und Metho-

¹ Vgl. den Richta-Report 1968 und für die spätere DDR-Entwicklung ab Mitte der 1970er Jahre: Klenke 2008.

dik der politischen Arbeit hatte sich in Zeiten des Kriegskommunismus und Bürgerkriegs ausgebildet und prägte letztlich auch noch die offenere Phase der NÖP, mit der eigentlich zu allererst Verhältnisse für einen rationellen Sozialismusaufbau hergestellt werden sollten. »Die NÖP war nicht Sozialismusreform, sondern »defensive Revolution« (Plaggenborg 2007: 29). Sie war selbst durch das »Dogma des Bürgerkriegs«² deformiert und konnte daher bei nachfolgenden Sozialismusreformen gesellschaftlich nicht so ohne weiteres die volle legitimatorische Ausstrahlungskraft entfalten, für die sie historisch als letzter Gorbatschow bemühte.

Den Mechanismen des »Dogmas des Bürgerkriegs«, dessen Farce der von einigen Apparatschiks der KPdSU im August 1991 gegen Gorbatschow dilettantisch inszenierte Staatsstreik darstellte, fiel letztlich auch der Prager Frühling zum Opfer und Alexander Dubcek musste die Dialektik von Kommunikation und Herrschaft in stalinistischen Strukturen am eigenen Leibe erfahren: »Ich wollte dir doch von Anfang an gegen Novotný helfen«, sagte Breschnew zu Dubcek, »und habe dich gleich im Januar gefragt: Bedrohen dich seine Leute nicht? Willst du sie austauschen? Willst du den Innenminister ablösen? Du hast damals behauptet, dass das nicht nötig sei, dass das gute Genossen seien. Und dann muss ich plötzlich erfahren, dass du den Innenminister, den Verteidigungsminister und auch andere Minister austauschst und Sekretäre des Zentralkomitees durch neue ersetzt. Bereits im Februar habe ich dir meine Einwände zu deinem Referat mitgeteilt, ich habe dich darauf aufmerksam gemacht, dass einige Formulierungen nicht richtig sind. Aber du hast sie trotzdem nicht geändert. Bei uns muss selbst ich, wenn ich ein Referat vorbereite, den Text den übrigen Mitgliedern des Politbüros zur Beurteilung vorlegen ... Bei uns existiert nämlich eine kollektive Führung – und das heißt, dass man seine Ansichten den andern unterordnen muss.« (Mlynár 1978: 298)

Dennoch: Der »Prager Frühling« stand für die politisch entwickeltste Konstellation in der Geschichte des Kommunismus, aus dieser »Logik des Bürgerkriegs« endlich einmal ausbrechen zu können. »Die in der CSSR vorherrschenden Sozialismus-Auffassungen entsprangen nicht der mechanischen Übernahme des in der UdSSR durchgesetzten stalinistischen Modells, für sie war die politische Demokratie ein entscheidend notwendiger Wesenszug des Sozialismus.« (Mlynár 1988: 41) Zusammen mit einer Wirtschaftsreform, die entwickelte Elemente einer Neubegründung eines dritten Weges jenseits von Staatssozialismus und Übernahme bürgerlich-kapitalistischer Produktionsverhältnisse enthielt, zeichneten sich zum ersten Mal seit 1917 die Konturen einer »zivilgesellschaftlichen Sozialismuskonzeption« ab. In seiner (selbst)kritischen Bilanz nach 20 Jahren weist der damalige Sekretär des ZK der KPC Mlynár jedoch auf eine entscheidende historische Lektion hin, ohne die zu beherzigen die Kommunisten keine Chance hatten, die »Logik des Bürgerkriegs« zu durchbrechen: Diese Lektion »lässt sich dahingehen verdichten: schon damals war abzusehen, dass je länger die Parteileitung sich weigert, die tatsächlich in der Gesellschaft ablaufende Entwicklung, die nach Veränderungen und Reformen verlangt, anzuerkennen, desto unangemessener wird sie auf die Bedürfnisse »von un-

ten«, die sich beschleunigt anhäufen, reagieren...«³ Das sollte sich auch 1989 wieder bewahrheiten. Aber auch in entscheidenden Transformationsperioden des Kapitalismus im 20. Jahrhundert war die kommunistische und sozialistische Bewegung, die eigentlich »Geburtshelfer« (Marx) des geschichtlich Neuen sein sollte, nicht auf der Höhe der Zeit. Und angesichts ihres gegenwärtigen Zustandes in Europa sollte die Linke dieses Vermächtnis des Prager Frühlings ernst nehmen und sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts endlich auf die Höhe der Zeit begeben, bevor es wieder zu spät ist.

Literatur

- Alt Vater, Elmar/Neusüss, Christel (1969): Bürokratische Herrschaft und gesellschaftliche Emanzipation. Zur Dialektik sozioökonomischer Reformen in der Übergangsgesellschaft, in: Neue Kritik – Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik, hrsg. v. Bundesvorstand des SDS, Nr. 51/52, Februar 1969, 9. Jg.
- Baberowski, Jörg (2007): Sozialistische Reformen? Die Sowjetunion in der Ära der Neuen Ökonomischen Politik, in: Ch. Boyer (Hrsg.) 2007
- Bettelheim, Ch./Dobb, M. u.a. (1969): Zur Kritik der Sowjetökonomie, Berlin (dokumentiert die Debatte in »Monthly Review« 1964–69)
- Bettelheim/Castro/Guevara/Mandel/Mora (1969): Wertgesetz, Planung und Bewusstsein. Die Planungsdebatte in Cuba, Frankfurt/M.
- Boyer, Christoph (Hrsg.) (2007): Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen. Die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, die DDR und Jugoslawien im Vergleich, Frankfurt/M.
- Boyer, Christoph (2007): Die tschechoslowakischen Wirtschaftsreformen und der tschechoslowakische Entwicklungspfad, in: ders. (Hrsg.) 2007
- Gehrke, Bernd/Horn, Gerd-Rainer (Hrsg.) (2007): 1968 und die Arbeiter. Studien zum »proletarischen Mai« in Europa, Hamburg
- Heumos, Peter (2007): Betriebsräte, Betriebsausschüsse der Einheitsgewerkschaft und Werktagenräte. Zur Frage der Partizipation in der tschechoslowakischen Industrie vor und im Jahre 1968, in: B. Gehrke/G.-R. Horn (Hrsg.) 2007
- Hübner, Peter (2007): Soziale Reformansätze in der NÖS-Periode? Zur Geschichte eines Zielkonflikts, in: C. Boyer (Hrsg.) 2007
- Kalonová, Lenka (2005): Mythos und Realität des »Arbeiterstaates« in der Tschechoslowakei, in: P. Hübner/C. Kleßmann/K. Tenfelde (Hrsg.) Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, Wien
- Kalinová, Lenka (2007): Das Verhalten der tschechischen Arbeiterschaft im Jahre 1968, in: B. Gehrke/G.-R. Horn (Hrsg.) 2007
- Klenke, Olaf (2008): Kampfauftrag Mikrochip. Rationalisierung und sozialer Konflikt in der DDR, Hamburg
- Lieber, Christoph (2008): Die »Gefahr der Selbsterstörung« und ihre Folgen. Oktoberrevolution und Sozialismusversuch im »Zeitalter der Extreme«, in: »Die Wache ist müde«. Neue Sichten auf die russische Revolution von 1917 und ihre Wirkungen, hrsg. v. W. Hedeler/K. Kinner, Berlin
- Lukács, Georg (1987): Sozialismus und Demokratisierung, Frankfurt/M.
- Mlynár, Zdenek (1978): Nachtfrost. Das Ende des Prager Frühling, Frankfurt/M 1988
- Mlynár, Zdenek (1983): Krisen und Krisenbewältigung im Sowjetblock, Wien
- Mlynár, Zdenek (1988): Als in Prag der Frühling blühte, in: Sozialismus, Heft 2
- Plaggenborg, Stefan (2007): Reformen in der Sowjetunion 1953–1991, in: Ch. Boyer (Hrsg.) 2007
- Roesler, Jörg (2008): Mit Blick auf 1968: Wirtschafts- und politische Reformen in Osteuropa. Vermeidbares Zusammentreffen oder notwendiges Zusammenspiel?, in: Z – Nr. 74, Juni

² Die Strukturkontinuität des Stalinismus »machte nämlich den Zustand, die Handlungsweise des akuten Bürgerkrieges zur Methode der Praxis einer jeden Periode, auch jener, in der der Bürgerkrieg bereits historisch nicht mehr auf der Tagesordnung stand« (Lukács 1987: 100).

³ Ebd. S. 42: »Hätte man bereits im Februar einen außerordentlichen Kongress einberufen, dann hätte dieser bereits im Mai stattfinden können. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, dass es dann zu einer militärischen Intervention gekommen wäre – so schnell hätte Moskau nicht reagieren können.«